



Unsere Stärke: Einssein

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

In einem amerikanischen Gewerkschaftslied heißt es: „Wenn die Stärke wir erkennen, die der Hände Werk erringt, gibt es keine Macht auf der Erde, die uns in die Knie zwingt. Einzeln kann man nicht erreichen, was nur Ewigkeit erschafft. Die Gewerkschaft gibt uns Kraft.“

Es ist ein Geben und Nehmen, was letztendlich Kraft verschafft. Die Menschen in der Bundespolizei stärkten durch ihre Stimmenabgaben klar die Rolle der Gewerkschaft der Polizei als prägende Kraft. Neben starken Einzelergebnissen wurden dem Bezirkspersonalrat sowie dem Bundespolizei-Hauptpersonalrat – als Stufenvertretungen – Lösungskompetenzen zugewiesen. Es stellt der klare und eindeutige Wählerwille dar, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Das Fundament für die nächsten vier Jahre wurde auf diese Weise gelegt. Es begann schon damit, dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen in einer überwältigenden Mehrheit von Dienststellen für eine Verselbstständigung der Personalvertretungen aussprachen. Denn die Beschäftigten in der Bundespolizei wollen ihre Interessen in der Dienststelle selbst vertreten. Doch was prägt eine Gemeinschaft, die wir in unseren Dienststellen und Behörden abbilden wollen? – Welchen Anspruch haben wir? – Was trägt eine solche Gemeinschaft?

Boshaftigkeit, Heuchelei, Neid und üble Nachrede ...? – Dies könnte eine Möglichkeit des Umganges darstellen. Doch es wäre kein Miteinander und es würde sich auch nicht um den sozialen Frieden handeln, den eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auszeichnet.

Vielmehr geht es doch um gegenseitige Achtung, Respekt und Wertschätzung, die verbindende Elemente darstellen sollten. – Diese Tugenden fördern eine Gemeinschaft und dieses

Einssein zeichnete die Bundespolizei in den letzten Monaten aus.

Diese Stärke wurde sowohl medial als auch parlamentarisch stark beachtet!

Es wurde durch uns einiges in Bewegung gebracht. Auch wenn die Neueinstellungen ihre Wirkung einer Entlastung erst noch entwickeln müssen, so ist doch ein Anfang gemacht. Und die Menschen in der Bundespolizei leiden – trotz des Aufwuchses im Haushalt 2016 – weiter an einer massiven Unterfinanzierung im Sachhaushalt und nach wie vor unter einem nicht gedeckten Personalbedarf.

Es bedarf eines nachhaltigen, soliden und vor allem verbindlichen Konsolidierungsprogramms für die Bundespolizei.

Wir werden dieses Thema den Parteien – vor allem vor dem Ausformulieren bzw. der Veröffentlichungen ihrer Wahlprogramme –, immer wieder verdeutlichen sowie in unsere Gespräche mit politisch Verantwortlichen einbringen und argumentativ untermauern. Ein Konsolidierungsprogramm muss berücksichtigen, dass das Aufgabenspektrum der Bundespolizei in zwei Feldern gleichrangig angesiedelt ist: Die Bundespolizei muss zum einen wieder in die Lage versetzt werden, die eigenen Aufgaben – insbesondere Grenzschutz und Bahnpolizei – in der Kompetenz wahrzunehmen, wie dies die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zurecht erwarten dürfen und andererseits zugleich die verfassungsrechtliche Garantie gegenüber den Ländern zu deren polizeilicher Unterstützung einhalten. Diese Ziele bleiben dabei nicht auf die Beantwortung von Haushaltsfragen beschränkt. Und es geht nicht nur um mehr Personal, neue Autos oder bessere Funkverbin-



Foto: F. Radek

dungen. Es geht um Berufszufriedenheit und darum, Entlastungen für die Menschen in der Bundespolizei herzustellen. Beispielsweise durch zusätzliche Personalausstattungen im Tarifbereich, für die Verwaltung, aber auch um die Fortführung des Hebungsprogramms, einen Kaufkraftausgleich in Hochpreisregionen, die Schaffung einer eigenständigen Arbeitszeitverordnung „Polizei Bund“, die Beschleunigung bei Beschaffungen im Sachhaushalt. All dies stellen Lösungsansätze dar. Wir warteten mit diesen Vorschlägen bei den Personalratswahlen auf. Das Mandat der Wählerinnen und Wähler – und nicht die Sprachgewalt oder gar Mächtigkeit des Wortes – verleiht unseren Argumenten Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsvermögen.

Die Probleme in der Bundespolizei dürfen nicht nur benannt werden. – Die Menschen erwarten auch, dass Lösungen aufgezeigt werden.

Wir bieten durch unsere Argumente tragfähige Lösungen an. Diese in einer Debatte schlüssig dazustellen wurde erkannt und gibt uns Kraft und Stärke bis 2020.



Eberhard Arends: 65 Jahre gelebte Gewerkschaft oder ein Walsroder schreibt Geschichte in der Gewerkschaft der Polizei ...

Eine ganz besondere Ehrung wurde der GdP-Kreisgruppe (KG) Walsrode im Mai 2016 zuteil. Eberhard Arends (Bildmitte) steht als Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für 65 Jahre gelebte Gewerkschaftsarbeit.

Im Hause Arends wurde gemeinsam mit dem KG-Vorsitzenden Jan Best (rechts im Bild), dem Seniorenvertreter Karl-Heinz Behr (links im Bild) und seiner Ehefrau Ingemarie Arends eine Reise in die Vergangen-

heit unternommen. Bereits nach seiner ersten Lehre als Drogist trat Eberhard Arends am 1. April 1951 in die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ein. In den schwierigen Zeiten des Wiederaufbaus wechselte er in die Autoindustrie bzw. in den Getränkehandel. Bereits da war für ihn klar, dass er der Gewerkschaft treu bleibt. Die

folgenden Gewerkschaftsjahre in der IG Metall und der IG Chemie waren durch etliche Arbeitskämpfe geprägt. Am Ende stand u. a. die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten im Krankheitsfall, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und eine 40-Stunden-Woche. – Heutzutage für uns eine Selbstverständlichkeit.

Am 7. Januar 1957 „verabschiedete“ sich Kollege Arends aus dem „freien“ Arbeitsleben und trat seinen Dienst beim damaligen Bundesgrenzschutz (BGS) an. Ein neuer Arbeitgeber bedeutete auch eine neue Gewerkschaft. Diesmal ging es in die damalige Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Zu dieser Zeit war eine Mitgliedschaft in der ÖTV im BGS schon etwas Besonderes. Nach etlichen dienstlichen Verwendungen im Sanitätsdienst folgte im Jahr 1972 die Versetzung nach Walsrode als aufsichtsführender Sanitätsbeamter. In den folgenden Jahren war der Jubilar als Vertrauensmann für die ÖTV aktiv. Zwischendurch sei noch zu erwähnen, dass er im Oktober 1959 seine spätere Ehefrau Ingemarie in Lüneburg beim Tanzen in der Hasenburg kennenlernte. Es war ihre Abschiedsfeier. Sie ging vierzehn Tage später als Au-pair Mädchen für voraussichtlich ein Jahr nach England. Nach einem Vierteljahr war Schluss ... – Warum wohl? Sie kam zurück und am 24. März 1961 wurde geheiratet.

Eberhard Arends wollte aber mehr als Vertrauensmann sein. Er wollte aktiv mitgestalten und mitbestimmen. Aus Überzeugung an eine moderne Polizei des Bundes und dem Einför-



Foto: GdP

dern von Verbesserungen für die Beschäftigten im Standort Walsrode, entschloss er sich, die GdP-Kreisgruppe in Walsrode zu gründen. Im Jahr 1978 folgte die Aufstellung der KG BGS Walsrode und zugleich die Übernahme des Vorsitzes. Über mehr als zwei Jahrzehnte nahm er führende Funktionen in der GdP und in der Personalvertretung wahr. Als „Höhepunkt“ seines Wirkens stand 1985 der Erhalt des Standortes in Walsrode. Dabei führte er parteiübergreifend wichtige Gespräche mit führenden Bundes- und Landespolitikern. Seinen dienstlichen Ruhestand trat er im Jahr 1994 an. Er führte aber noch mehrere Jahre die GdP-Seniorengruppe auf überregionaler Ebene an. Gemeinsam mit seiner Ehefrau genießt er weiterhin den wohlverdienten Ruhestand. Die Familie, seine Enkelkinder und der Garten halten beide jung. Zum Abschluss des Besuches stellte Jan Best mit dem „Gründungsvater“ der Walsroder GdP fest, dass etliche gewerkschaftliche Positionen zeitlos sind: von bestehenden Sparzwängen im öffentlichen Haushalt, dem Bestehen auf Investitionen für den Standort Walsrode über das permanente Einfordern von Verbesserungen für die Beschäftigten. Eberhard Arends steht für die Gewerkschaft der Polizei. Und dies soll auch noch lange so bleiben. – Dem Dank an den Geehrten für seine gewerkschaftliche Treue schließen sich auf diesem Weg auch der Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

Der Vorstand der KG Walsrode

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



VIEL ERREICHT UND NOCH VIEL VOR

GEEHRT

„1. Mai 2016 – Zeit für mehr Solidarität – DGB: Viel erreicht und noch viel vor.“ – Unter diesem Motto stand die Feier des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 1. Mai 2016 auch in Landau/Pfalz, die Guido Kuhn als Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Südpfalz und Vorstandsmitglied der Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wie immer perfekt organisiert hatte.

Die GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern – unter dem Vorsitz von Michael Koch-Erlenwein – präsentierte hierzu den Informationsstand der Gewerkschaft der Polizei. Da außer dem Bad Bergzaberner KG-Vorsitzenden und Guido Kuhn alle anderen GdP-Kolleginnen und -Kollegen der Bundespolizeiabteilung aus der Südpfalz in Einsätze gebunden oder in der Einsatzbetreuung unserer eingesetzten Kräfte unterwegs waren, „liehen“ sich Michael Koch-Erlenwein und Guido Kuhn – je nach Bedarf – andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benachbarter Stände aus, die selbstverständlich auch solidarisch am GdP-Stand aushalfen.

In Gesprächen und im Austausch identifizierten sich die beiden GdP-Kollegen nicht nur mit dem Leitge-



Guido Kuhn, engagierter Kämpfer für DGB- und GdP-Positionen. Sein unermüdliches Plädoyer: „Arbeitnehmer müssen zusammenstehen.“
Foto: Rolf Bauer

danken des DGB zum Tag der Arbeit. Nein, sie machten auch darauf aufmerksam, dass bei einem Engagement der Gewerkschaften für mehr Solidarität zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, Einheimischen und Flüchtlingen, Schwachen und Starken sowie des Transports dieser Gedanken in die Öffentlichkeit, sich so im Lauf der Geschichte immer wieder bewiesene Sensibilität und Lösungen für drängende soziale Probleme auslösten.

In der Integration von Flüchtlingen sehen Michael Koch-Erlenwein und Guido Kuhn die momentan wohl schwierigste gesellschaftliche Herausforderung. Aber, so Guido Kuhn als DGB-Kreisverbandsvorsitzender, sei er überzeugt, dass Deutschland dieses Problem meistern werde, sofern alle gesellschaftlich relevanten Kräfte, von den Gewerkschaften über die Parteien bis hin zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften, dabei ernsthaft zusammenwirken. Nicht übersehen wollte er auch einige nicht weniger brisante Probleme unter den Stichworten „Lohndumping“ und „Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben“. Hier dürften sich die Arbeitnehmer nicht auseinanderdividieren lassen.

Bernhard Christ



Michael Koch-Erlenwein an „seinem“ GdP-Stand. Dem Solidaritätsgedanken zu folgen – auch am 1. Mai – dokumentiert das Einbringen des Bad Bergzaberner GdP-Vorsitzenden.
Foto: Horst Schwarz

Mitte März 2016 hatte der Vorsitzende der Kreisgruppe (KG) Selb der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Reinhard Maschewski, die nicht allzu häufige Ehre, unserem Kollegen Winfried Hechtfisher für dessen 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zu danken.



Foto: GdP

Der Jubilar erhielt eine Dankurkunde sowie eine GdP-Anstecknadel. Winfried Hechtfisher war und ist immer noch ein sehr engagierter und motivierter Gewerkschaftler. Einen derart „langen Atem“ kann nicht jeder vorweisen. Im Kreise der Kolleginnen und Kollegen seiner Reviergruppe plauderte man anlässlich der Ehrung bei Kaffee und Kuchen über Vergangenes und Aktuelles. Die KG Selb wünscht dem Geehrten für den weiteren dienstlichen und privaten Weg alles Gute, Gesundheit und stets gutes Gelingen. Dem Dank an Winfried Hechtfisher für seine gewerkschaftliche Treue sowie den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch der Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): Manfred Narr, Winfried Hechtfisher sowie Reinhard Maschewski.

RM



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) errang bei den Personalratswahlen im Mai 2016 wiederum auch auf Ebene des Bezirkspersonalrates (BPR) die absolute Mehrheit.



Foto: F. Radke

Dies stellt nicht zuletzt auch ein persönlicher Erfolg des alten und neuen BPR-Vorsitzenden Martin Schilff (Foto) dar. Grund genug, bei dem 57-jährigen Polizeihauptkommissar aus Langelsheim hierzu Nachfrage zu halten.

DP: Die GdP formulierte mit ihrem Wahlkampflogan „Menschlich – besser – fair“ nicht zuletzt auch ihre Ambitionen, für Verbesserungen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei einzustehen. Vieles wurde bereits auf den Weg gebracht, doch es gilt auch weiterhin Einfluss zu nehmen. Wo siehst du die Schwerpunkte der Arbeit deines Teams?

Martin Schilff: Zunächst einmal möchte ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken und ihnen versichern, dass wir alles versuchen werden, im Dialog mit der Leitung des Bundespolizeipräsidiums (BPOLP) weitere Verbesserungen für alle Beschäftigten der Bundespolizei im Tarif-, Verwaltungs- und Vollzugsbereich zu erreichen.

Einen Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten Jahren werden sicherlich die Möglichkeiten zur Ausgestaltung von Verbesserungen der Vereinbarkeit familiärer und beruflicher Belange darstellen. Wir sind derzeit gemeinsam mit dem BPOLP dabei, als weiteren Puzzlestein „mobiles“ Arbeiten zu ermöglichen. Die Ausgestaltung einer entsprechenden Dienstvereinbarung dazu – mit dem

Schwerpunkt eines persönlichen Bedarfs – ist unser nächstes Ziel.

Wir wollen in den nächsten Jahren auch für die weitere Verbesserung bei der Ausstattung kämpfen. Es muss endlich möglich sein, dass alle Polizeibeamtinnen und -beamte eine persönlich zugewiesene, leichtere und verbesserte Körperschutzausstattung erhalten. Leider ist es aufgrund der polizeilichen Lage auch erforderlich, sich für eine Weiterentwicklung von Schutzwesten, eine Ausstattung mit Stichschutz, die Modifizierung der Bewaffnung und vieles mehr einzusetzen.

Ein ganz besonderes Anliegen von uns ist auch die weitere Verbesserung der Eingruppierung unserer Tarifbeschäftigten. Der u. a. durch mich initiierte Kampf für eine Eingruppierung der bei uns ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Entgeltgruppe E 5 – anstatt in die E 3 – ist zwar mittlerweile erfolgreich, jedoch längst nicht ausreichend. Ein mit einem Federstrich umzusetzender Schritt – hin zu mehr Menschlichkeit – wäre dabei im Übrigen auch die von mir seit vielen Jahren selbst gegenüber Innenminister De Maizière und Staatssekretär Schröder angeregten Abschlussveranstaltungen nach der Ausbildung im Tarifbereich – in Analogie anderer Abschiedsveranstaltungen wie die der Studienabsolventinnen und -absolventen. Die Hoffnung stirbt auch hierbei zuletzt.

DP: Zu mehr Menschlichkeit und einem faireren Umgang hat ein jeder Betrachter eigene Assoziationen. Was war dir persönlich beim Werben um die Stimmen für die GdP besonders wichtig?

Martin Schilff: Die GdP erreichte in den letzten Jahren zahlreiche Verbesserungen, die im Einzelnen in unserer Leistungsbilanz nachzulesen sind. Mir war es stets wichtig darzustellen, dass wir einen „langen Atem“ benötigen und immer beharrlich an der Durchsetzung unserer Ziele arbeiten. Man kann dies besonders gut an einem Beispiel darstellen: Gemeinsam mit meinen GdP-Kolleginnen und -Kollegen setzte ich mich persönlich bereits in den 80er-Jahren für die Erhöhung der Zuschläge für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) ein. Wir forderten seinerzeit den „Heiermann“, – das heute bereits fast vergessene Fünf-Mark-Stück. Dieses Ziel haben wir nie aus den Augen verloren. Ende der 90er-Jahre standen wir bei Minusgraden mit ei-

ner Feuertonne die halbe Nacht vor dem Brandenburger Tor, um den Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Notwendigkeit der Erhöhung der Zulage vor Augen zu führen. Nun haben wir in diesem Jahr das „Königs-DUZ“, also fast den „Euro-Heiermann“ als fünf Euro pro Stunde, erreicht. Ein toller Erfolg für die Beschäftigten der Bundespolizei, die zu Zeiten Dienst leisten müssen, wo es auch mal „weh“ tut.

DP: Jetzt gilt es nach vorne zu schauen, denn es blieb kaum Zeit zum Durchatmen. Die Entwicklungen in der Bundespolizei sind an Rasanz kaum zu überbieten. Alle Kolleginnen und Kollegen spüren dies zu ihrer täglichen dienstlichen Einbindung. Und die politischen Entscheidungen lassen mitunter sehr lange auf sich warten. Wo siehst du dabei die Rolle des BPR-Vorstands sowie der Plenumsmitglieder in Bezug auf eure Einflussnahmen?

Martin Schilff: Gerade bei der Aufstellung der Forderungen für den Bundespolizeihaushalt haben wir als BPR-Vorstand eine schwierige, in letzter Zeit aber auch erfolgreiche Aufgabenstellung zu bewältigen. Unserem Werben ist es – selbst gegen die Festlegung des Ministers –, der öffentlich bei der Führungskräfte-tagung 2015 in Blumberg äußerte, dass er für keine personelle Aufstockung der Bundespolizei eintreten werde, gelungen, das Kabinett und das Parlament von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Von diesem Weg werden wir auch in Zukunft nicht abweichen.

DP: Eine große Ausschreibungswelle freier und beheizbarer Dienstposten mündet nunmehr in Auswahlentscheidungen. Dabei werden sich Kolleginnen und Kollegen aus den Ballungsräumen bzw. von den Schwerpunktdienststellen in ihre Heimat oder zumindest näher daran orientieren. Besteht u. U. die Gefahr, dass die Abordnungsnotwendigkeiten in Ballungsräume größer wird?

Martin Schilff: Diese Gefahr besteht leider. Die GdP zeigte mit ihrem Positionspapier „Wege aus der Abordnungsfalle“ Möglichkeiten auf, wie dies vermieden werden kann. Eine Gelegenheit, die Verwendung in Ballungsräumen attraktiver zu gestalten, wäre hierbei auch die Zuerkennung einer entsprechenden Zulage und der Bau von Polizeiwohnheimen oder so-



MENSCHLICH – FAIR – BESSER

genannter Bundesdarlehenswohnungen, die in der Vergangenheit existierten, um bezahlbaren Wohnraum vor Ort anbieten zu können.

DP: In ein paar Jahren werden wir auch mit großen Pensionierungswellen konfrontiert; nämlich dann, wenn die einstellungsstarken Jahrgänge ihre Altersgrenze erreicht haben. Gibt es hierzu bereits Antworten aus dem Bundespolizeipräsidium oder anders gefragt, werden die Ausbildungskapazitäten – auch mit dem neuen Aus- und Fortbildungszentrum in Bamberg – ausreichen, den Personalbedarf zu befriedigen?

Martin Schilff: Bereits vor der Einrichtung des BPOLP bzw. in dessen Anfangszeit wurde es von den Verantwortlichen versäumt, zusätzliche Planstellen für die Bundespolizei zu fordern. Dies führte dazu, dass das Personaldefizit immer größer wurde. Nun haben wir durch die GdP-Initiative und meinen persönlichen Kontakten zum SPD-Bundesvorsitzenden erreicht, dass die Bundespolizei 3000 zusätzliche Planstellen erhält. Die schließen aber gerade einmal die „Schere“ zwischen Dienstposten im Organisations- und Dienstpostenplan und den Planstellen. Deshalb ist

es unbedingt erforderlich, dass die Bundespolizei weitere Stellenzuwächse erhält, die die zu erwartenden großen Altersabgänge der starken Jahrgänge ausgleicht. Für die Ausbildung dieser weiteren Kolleginnen und Kollegen wären jedoch dann auch über Bamberg hinaus noch weitere Aus- und Fortbildungszentren erforderlich. Diese sollten nach unserer Auffassung auch mit dezentraler Einstellungskompetenz und in der Nähe von Ballungsräumen eingerichtet werden.

DP: Lieber Martin, wir danken dir für dieses Gespräch.

VERABSCHIEDUNG: RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Reinhold Schuch (Foto) trat Ende Mai nach 30-jähriger personalrätlicher und gewerkschaftlicher Verantwortung in den Ruhestand. – Ein Grund Nachfrage zu halten.

DP: Was bewegte dich in den letzten drei Jahrzehnten am meisten?

Reinhold Schuch: Das ist zum einen die rasante Entwicklung, die der Bundesgrenzschutz – und später die Bundespolizei – genommen haben. Blickten wir in den 80er-Jahren noch neidisch auf alle Länderpolizeien, denn wir waren die mit Abstand schlechtestbezahlte Polizei in der Republik, bewegten wir uns in den letzten Jahrzehnten weit nach vorne. Während wir selbst in den 90er-Jahren noch vom „Meisterbauch“ redeten, sprechen wir heute vom „Hauptmeister- und Oberkommissarbauch“. Sicherlich: Beförderungsstaus wird es immer geben; ich spreche allerdings lieber vom „Oberkommissar-“ als vom „Meisterbauch“, denn dazwischen liegen einige Hundert Euro. Erreicht werden konnte das allerdings nur durch verschiedene Hebung- und Attraktivitätsprogramme, die einzig durch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Gang gesetzt wurden. Und ich bin davon überzeugt, dass sich die Bundespolizei noch weiter entwickeln wird. Es braucht alles seine Zeit und es müssen noch „dicke Bretter“ gebohrt werden. Zum zweiten berührte mich die Auflösung meines Heimatstandortes Alsfeld sehr und bescherte mir die eine oder andere schlaflose Nacht, da ich einerseits die politische Entscheidung nicht nachvollziehen konnte und anderer-

seits als Personalratsvorsitzender Verantwortung für die Beschäftigten trug. In vielen Verhandlungen mit Personalverantwortlichen, in der man mich öfters der „Erpressung“ beschuldigte, konnten einigermaßen verträgliche Lösungen gefunden und letztlich alle Angehörigen des Standortes – aber gerade unsere Arbeiter und Angestellten – in sozialverträgliche Anschlussverwendungen gebracht werden.

DP: Was ärgerte dich am meisten?

Reinhold Schuch: Immer wieder Entscheidungen, die nicht zum Wohle der Beschäftigten getroffen wurden, obwohl diese nicht notwendig waren und keine Kompromisse zugelassen wurden. Ich möchte dieses an einem Beispiel erläutern: Wenn zwei Stellen nachbesetzt werden sollen, so gelten als erstes die Auswahlgrundsätze zu Eignung, Leistung und Befähigung. Das stelle auch ich gar nicht infrage. Bei zwei Entscheidungen kann man allerdings auch die zweite Stelle nach sozialen Gründen nachbesetzen. Wie soll ein Vater oder eine Mutter mit zwei oder drei Kindern und pflegebedürftigen Eltern, in einer 100 Kilometer entfernten Dienststelle Tag für Tag Spitzenleistungen bringen, um die für eine Stellenbesetzung notwendige Beurteilungsnote zu erreichen? Also könnte man doch entscheiden, einmal so und einmal so zu besetzen. Zum anderen ärgert mich immer, wenn sich andere mit fremden Federn schmücken. Bereits in den 90er-Jahren forderten wir als GdP, die Vergütung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten auf fünf Mark zu erhöhen. Wir diskutierten, politisierten und demonstrierten. Als im letzten Jahr dann die Entscheidung fiel, war



Foto: GdP

ich unheimlich froh und stolz, dass wir eine Vergütung von fast fünf Euro erreichten. Und was macht der Mitbewerber? – Tut so, als ob er den Weg dazu gebahnt hätte. Das finde ich einfach schäbig.

DP: Wirst du dich weiterhin gewerkschaftlich engagieren?

Reinhold Schuch: Auf jeden Fall. Ich erfuhr gerade in den letzten Jahren, welche Hilfe Pensionäre und die Hinterbliebenen vielfach benötigen. Daher möchte ich mich in der Seniorenarbeit engagieren und helfen, weitere funktionierende Seniorengruppen zu bilden, damit man sich austauschen und unterstützen kann.

DP: Dann wünschen wir dir in deinem neuen Betätigungsfeld viel Freude und verbinden damit für dich und deine Familie alle erdenklich guten Wünsche; – vor allem zu Gesundheit und Zufriedenheit.



Es ging nicht nur ums Geld

Von Rüdiger Maas, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP),
Bezirk Bundespolizei

„Wir lassen uns nicht rupfen!“, so unser Slogan für die vergangene Tarifaueinandersetzung. Um es vorwegzunehmen: Herausgekommen ist ein akzeptabler Kompromiss.

Von den Tarifverhandlungen waren insgesamt 2,3 Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen betroffen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Feuerwehr, Kindertagesstätten, Krankenhäusern, Verwaltungen beim Bund und den Kommunen, Polizeibeschäftigte und viele andere ...

Ausgangslage

Gerade die benannten Beschäftigtengruppen gehören genau zu denen, die an der Bewältigung der großen Herausforderungen und den Aufgaben der Migrationslage tagtäglich arbeiten. Sie müssen auch dafür angemessen und anständig an der guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilhaben. Allerdings entspringen die Gehaltsforderungen der Gewerkschaften nicht nur einer emotionalen Empfindung. Vielmehr werden diese aufgrund zugrunde liegender wirtschaftlicher Rahmendaten (Bruttoinlandsprodukt, Inflationsrate, Bericht der Wirtschaftsweisen etc.) errechnet. Somit liegen im Ergebnis alle Gewerkschaften mit ihren Forderungen insgesamt – und im eigentlichen Sinne – nicht weit auseinander.

Schaut man sich die Zahlen der DGB-Gewerkschaften im Einzelnen an, so bestätigt sich dieses. Auch bei den großen und kampfstarken Industriegewerkschaften wie IG Metall (4,8%) und IG BAU (4,6%) waren die Forderungen, wie bereits auch einige Abschlüsse zeigen, ähnlich der der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Selbst die Laufzeiten mit Abschlüssen von 24 Monaten ähneln sich. Für die Arbeitgeberseite bedeutet eine lange Laufzeit natürlich immer auch Planungs- und Kostensicherheit für einen längeren Zeitraum. Bei unserer diesjährigen GdP-Forderung für die Beschäftigten von Bund, Zoll, Bundesamt für Güterverkehr (BAG) und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) war uns wichtig, wiederholt den Bereich der unteren Einkommensgruppen zu stärken. Die Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei trat mit ihrer Forderung – als Empfehlung – an den GdP-Bezirksvorstand. So ging dann auch die GdP-Bundestarifkommission mit 7% – aber mindestens 200 Euro – in die Vorverhandlungen mit den DGB-Gewerkschaften ver.di und GEW.

Bei der anschließenden Diskussion zur Entwicklung einer Gesamtforde- rungslage einigten wir uns darauf, dass es auf gar keinen Fall eine vom Arbeitgeber geplante Leistungskürzung bei der betrieblichen Altersversorgung (VBL) geben dürfe, wie dieses bereits die Arbeitgeberseite bei den Ländern (TV-L) durchsetzen wollte.

Die Einführung der Stufe 6 – auch für die Entgeltgruppen ab EG 9a bis

EG 15 – wie auch eine verbindliche Übernahmeregulierung für unsere Auszubildenden, die Angleichung des Niveaus der Jahressonderzahlung Ost an West gehörten neben der Gehaltsforderung von 6% und 100 Euro für Auszubildende ebenfalls zu den Festlegungen und ergänzten unser Forderungsportfolio; – dies führte in der Summe letztendlich zum bekannten Kompromiss.

Widerstände waren zu überwinden

Am ersten Verhandlungstermin „mauerte“ die Arbeitgeberseite mit Argumenten zur angespannten kommunalen Haushaltslage, wie auch zu Kosten der Migrationskrise und überhaupt seien die Forderungen völlig überzogen ... Im Ergebnis legte man der Arbeitnehmerseite kein verhandelbares Angebot vor. Erst zur zweiten Verhandlungsrunde erging das „Angebot“, die Gehälter ab 2016 um 1% und ab 2017 um weitere 2% zu erhöhen.

Dabei handelte es sich um eine Demütigung aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Erst das massive Auftreten von 100 000 Kolleginnen und Kollegen von Bund und Kommunen erzeugten in einer Vielzahl von Demonstrationen und Warnstreiks den nötigen Druck, um endlich ein verhandelbares Angebot vorzulegen. Die Tarifbeschäftigten sowie die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei zogen im Schulterschluss an allen drei Verhandlungsterminen vor den Verhandlungsort in Potsdam auf und machten ihrem Unmut über den bisherigen Gesprächsverlauf sehr medienwirksam und lautstark Luft. Dafür gebührt allen, die sich in unterschiedlichen Aktionen einbrachten, unser ausdrücklicher Dank.

Einigung wurde erzielt

Die Tarifeinigung für die Beschäftigten von Bund und Kommunen sieht bei einer Laufzeit von 24 Monaten (1. März 2016 bis 28. Februar 2018)

Ja, es ging um mehr. Dies zeigt auch der internationale Vergleich des öffentlichen Dienstes. Die Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2015 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts lassen Deutschland nicht günstig dastehen. EU-weit sprechen wir von 10,2%; Deutschland weist nur 7,6% auf. Dänemark ist mit 16,6% Spitzenreiter und es folgen Frankreich mit 13,0% sowie Schweden und Belgien mit je 12,5%. Danach reihen sich Spanien, Österreich, Ungarn, Polen, Italien, Großbritannien und Tschechien ein. – Es gibt für unsere starke Gewerkschaft noch viel zu tun. Näheres zum Tarifergebnis TVöD 2016 unter gdp.de



TARIFVERHANDLUNGEN 2016

vor, dass ab dem 1. März 2016 2,4% und ab dem 1. Februar 2017 2,35% mehr ins Portemonnaie kommen. Auszubildende erhalten 35 Euro und 30 Euro mehr zu den o. a. Terminen. Es konnte außerdem erreicht werden, dass keine Leistungseinschränkungen in der Zusatzversorgung Platz greifen. Die Angleichung der Jahressonderzahlung im Osten erfolgt in fünf Schritten bis ins Jahr 2020 an das Westniveau. – Nach 30 Jahren Wiedervereinigung erinnert dies jedoch als „Wermutstropfen“ an alles andere als an eine Tarifgerechtigkeit.

Resümee –

Es kann immer mehr sein ...

Bei einer Inflationsrate von zurzeit 0,1% handelt es sich hierbei um einen vertretbaren, ja unter dem Strich guten Abschluss. Selbst bei der Betrachtung von in Zukunft steigenden

Sozialversicherungsbeiträgen (Zusatzbeiträge der Krankenkassen, eventuelles Nachziehen weiterer Sozialversicherungsbeiträge in Anbetracht der demografischen Entwicklung), ist in den kommenden zwei Jahren keine große Steigerung zu erwarten. Doch eins ist auch klar: Wir „hinken“ mit unseren Abschlüssen der Gesamtwirtschaft immer noch hinterher. Derjenige der mehr will, muss sich am Ende des Tages die Frage nach realer Demonstrations- und Streikmöglichkeit und -bereitschaft in der Bundespolizei stellen. Und damit auch zu einem wesentlichen Bestandteil zur Durchsetzungsfähigkeit unserer Positionen bei Tarifverhandlungen. Sinkende Beschäftigtenzahlen im Bereich unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen jedoch die Frage aufkommen, wo insgesamt die Reise hingehet? – Wer geht morgen für die Interessen der Bundespolizeibesetzten insgesamt – also für Polizistinnen und Polizisten,

Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte – auf die Straße? – Und leider gibt es noch keine Tarifverträge für Beamtinnen und Beamte. Letztlich handelt es sich um einen Kompromiss, der uns in den zentralen Fragen zum „Nachholbedarf“ gegenüber der Lohnentwicklung der „freien Wirtschaft“ noch nicht wirklich weiterbrachte, mit dem wir aber einen guten Umgang finden können. Warum also schlecht reden, was sich als annehmbar darstellt? Wir als GdP forderten den Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière auf, die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten, wie auch auf unsere Anwärtinnen und Anwärter einzuhalten. Dieses sagte er uns am Ende der Tarifverhandlungen bereits zu. Wir werden unsere Forderungen dem Innenminister auch in Gesprächen über die Besoldungs- und Versorgungsanpassung nochmals deutlich machen.

GEEHRT

Solidarität über das Arbeits- und Berufsleben hinaus: Kurt Sundmarker ist seit 70 Jahren Gewerkschaftsmitglied.

Eine ganz besondere Ehre wurde Kurt Sundmarker (3. von rechts – zusammen mit seiner Ehefrau) zuteil. An seinem 92. Geburtstag gratulierte der Vorstand der Kreisgruppe Saarland der Gewerkschaft der Polizei (GdP), vertreten durch Roland Voss (Vorsitzender, 2. von links), Werner Berger (stellvertretender Vorsitzender, links) sowie Karl-Heinz Leuschner (Seniorenbeauftragter, 3. von links) und der saarländische Landtagsabgeordnete und stellvertretende DGB-Vorsitzende Rheinland-Pfalz/Saarland, Eugen Roth (rechts), unserem GdP-Mitglied zu seinem 70-jährigen Gewerkschaftsjubiläum.

Kurt Sundmarker ist seit 1947 Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft und darf sich somit als Gewerkschafter der ersten Stunde bezeichnen. Denn erst im Mai 1945 endete mit der Kapitulation der Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Freie Gewerkschaften waren während der NS-Zeit verboten und wurden bereits im Mai 1933 zerschlagen. Nach Kriegsende

erfolgte – zunächst auf lokaler Ebene – auch der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung unter den von den jeweiligen Besatzungsmächten vorgegebenen rechtlichen Bedingungen. Der in Saarbrücken wohnende und noch rüstige Jubilar erhielt neben einem Präsent auch die Ehrenurkunde der GdP sowie die goldene

Ehrennadel für 70 Jahre Mitgliedschaft. „Es ist uns eine Ehre und Freude zugleich, Kurt Sundmarker hierfür zu gratulieren“, so Roland Voss. „Kurt Sundmarker erlebte bei seinem frühen Eintritt in eine DGB-Gewerkschaft Gewerkschaftsgeschichte in schwierigsten Zeiten, konnte somit aber mitgestalten.“ Eugen Roth ergänzte hierzu, dass „treue Mitglieder das Fundament unserer Gewerkschaftsbewegung in allen Zeiten bilden.“ Deshalb hat auch für



Foto: GdP

Eugen Roth diese Ehrung ihren ganz besonderen Stellenwert. Wir wünschen Kurt Sundmarker weiterhin alles Gute und vor allem Gesundheit. – Herzlichen Dank für die Treue zur GdP und Glück auf!

Dem Dank an Kurt Sundmarker für seine gewerkschaftliche Treue sowie den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch der Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

RV



AKTIVE SENIORENARBEIT

Zum vierten Mal trafen sich die Seniorenbeauftragten der Direktionsgruppe (DG) Baden-Württemberg der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einer Arbeitstagung im Hotel Rohbühl in Lenzkirch.

Neben den Beauftragten der GdP-Kreisgruppen (KG) aus dem „Ländle“ konnte der Vorsitzende der baden-württembergischen Seniorengruppe, Dieter Schneider, auch den Vorsitzenden der GdP-Seniorengruppe aus Bayern, Siegfried Dienstbeck, begrüßen. Nach einem Bericht über die letzte Gesamtvorstandssitzung der Seniorengruppe des GdP-Bezirks Bun-

despolizei in Bad Hersfeld, stellten die Beauftragten ihre bereits durchgeführten bzw. geplanten Aktivitäten aus ihren Zuständigkeitsbereichen dar. Auch die bisher erschienen speziellen Senioren-Infos der DG Baden-Württemberg wurden kritischen Betrachtungen unterzogen, die sich daran orientierten, noch besser zu werden. Aufgrund des guten Feedbacks wurde beschlossen, weiterhin vierteljährlich diese Informationsbrochure herauszugeben, um unsere Ruheständler mit aktuellen Informationen bestens zu versorgen. Am späten Nachmittag fanden sich dann Berthold Hauser (Vorsitzender der DG Baden-Württemberg), Jörg

Radek (Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei) und Judith Hausknecht als Gäste bei der Zusammenkunft der Seniorenvertreter ein. Zunächst informierten sie die Anwesenden über die neusten gewerkschaftlichen Aktivitäten und standen dann zu allen aufkommenden Fragen Rede und Antwort. U. a. wurde über die Betreuungsrichtlinien für Ehemalige und Aktive (Vorbereitung auf den Ruhestand) und die konkreten Auswirkungen diskutiert. Seitens der Dienststelle fehlt es in der Bundespolizeidirektion Stuttgart leider noch am Willen der Umsetzung dieses Konzepts. Weiterhin wurde über die Thematik der „Mitnahme von Ehemaligen in Dienst-Kfz“ diskutiert und die geplanten Veränderungen beim Einreichen der Beihilfe. Die Seniorengruppe regte an, eine „Treueprämie“ an langjährige Gewerkschaftsmitglieder auszubezahlen. Unsere drei Gäste waren von der Energie und dem Tatendrang der „Alten“ beeindruckt. Den zweiten Tag rundete ein Workshop mit dem Thema: „Ideale Seniorenarbeit – und was brauche ich als Seniorenvertreter dazu?“ ab. Das Ergebnis wird unserer Direktionsgruppe vorgelegt, um den Blick auf die Seniorenarbeit bei dem ein oder anderen KG-Vorsitzenden zu schärfen. Das einhellige Fazit der Teilnehmer: Rundum eine gelungene Veranstaltung. **DS**



Engagierte GdP-Seniorenvertreter mit „Gästen“ (v. l. n. r.):
Lothar Ertelt (KG Flughafen Stuttgart),
Richard Fugger (KG Weil am Rhein),
Berthold Hauser,
Judith Hausknecht,
Hans Peter Schuster (KG Bodensee),
Jörg Radek,
Manfred Limbacher (KG Karlsruhe),
Walter Böhm (KG Offenburg),
Siegfried Dienstbeck
sowie Dieter Schneider.
Foto: GdP

GEEHRT

Vor 40 Jahren begann Franz Zacher seine Karriere bei der Bahn als Rangierer in München. Dann kam er zur Bahnpolizei, die später durch die Bundespolizei übernommen wurde. Nunmehr konnte Franz Zacher auch auf seine 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken. Eine Delegation der Kreisgruppe (KG) Passau der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ließ es sich nicht nehmen, unseren Kollegen Anfang Mai 2016 an seinen Arbeitsplatz aufzusuchen und ihm die herzlichsten Glückwünsche für dieses Gewerkschaftsjubiläum auszusprechen. Dem Dank für seine gewerkschaftliche Treue sowie den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch der Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): Gerhard Firla (stellvertretender KG-Vorsitzender), Tanja Kumpfmüller-Döbler, Franz Zacher sowie Gerhard Thamm (KG-Vorsitzender). **GT**



Foto: GdP

